

MOZ: Die Beschäftigten der Drogeriekette Schlecker dürfen nicht für die Krise zahlen. Das erklärten die Barnimer Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Michael Luthardt in einer Pressemitteilung.

Die Politiker verweisen darauf, dass deutschlandweit zehntausende Arbeitsplätze in Gefahr sind, weil im Einzelhandel die Nachfrage stagniere und ein ruinöser Verdrängungswettbewerb herrsche.

Schlecker habe seine Beschäftigten jahrelang überwacht und versucht, ihre Löhne zu drücken, so die Linken-Landtagsabgeordneten. Es wäre fatal, wenn die Beschäftigten nun auch noch die Zeche für eine gescheiterte Unternehmenspolitik zahlen sollen.

In der aktuellen Situation muss der Erhalt der Arbeitsplätze oberste Priorität haben, so Mächtig und Luthardt.

Der milliardenschwere Firmeneigner Anton Schlecker ist nach ihrer Auffassung in der Pflicht, mit seinem Privatvermögen zu haften und sich so am Erhalt der Arbeitsplätze zu beteiligen. Zudem ist die Mitbestimmung der Gewerkschaft und des Betriebsrates im Insolvenzverfahren geboten.

Der Betrieb der Filialen läuft unterdessen erst einmal weiter.